

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Stadtrates
am 04.07.2002 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Stadtverordnete (StV) an der Sitzung teil:

Schmitz, Peter,	1. stellv. Bürgermeister
Marquardt, Martin,	2. stellv. Bürgermeister
Anhalt, Wolfgang,	StV
Beck, Dr. Friedhelm,	StV
Beginn, Arnold,	StV
Behrens-Hommel, Eva,	StV
Birx, Michael,	StV
Bochem, Hans-Peter,	StV
Bongartz, Hubert,	StV
Borowski, Helma,	StV
Capellmann, Peter,	StV
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV abwesend
Fitting, Hans Willi,	StV
Frey, Heinz,	StV
Friedrich, Egbert,	StV
Granderath, Bernd,	StV
Gruben, Martina,	StV
Gunia, Wolfgang,	StV
Gussen, Erich,	StV
Hövelmann, Jens,	StV
Hoven, Matthias,	StV
Kieven, Hubert,	StV
Köhne, Franz-Josef,	StV abwesend
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	StV
Lambertin, Servatius,	StV
Lohn, Helmut,	StV
Meyer, Hans,	StV
Müller, Heinz,	StV
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV
Pelzer, Klaus,	StV
Peterhoff, Arnold,	StV
Pott, Hildegard,	StV
Riesen, Karl-Heinz,	StV abwesend
Schumacher, Dr. Helmut,	StV
Stauch, Ingrid,	StV
Staufmehl, Helmut,	StV
Talarek, Anke,	StV

van Snick, Doris,	StV abwesend
Viertmann, Karl,	StV
Wilms, Wilfried,	StV

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Spelthann, Edmund	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Amtsleiterin Rechtsamt
Heinen, Helmut	Amtsleiter Hauptamt
Heuter, Leo	Amtsleiter Hochbauamt, zu TOP 6
Dr. Esser, Dorothee	Amtsleiterin Kultur- und Verkehrsamt, zu TOP 7
Rehers, Bernhard	Amtsleiter Planungsamt, zu TOP 10.1
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Stadtrat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Erweiterung wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 2. Anfragen
 3. Wahl des Ortsvorstehers für den Stadtteil Koslar
(s. auch Antrag Nr. 22/2002 der CDU-Stadtratsfraktion vom 06.06.2002)
 4. Umbesetzung des Umweltbeirates
(Antrag Nr. 24/2002 der CDU-Stadtratsfraktion vom 19.06.2002)
 5. Teilnahme von Vertretern des Behindertenfachgesprächskreises an Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport
hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin
 6. Erweiterungsbau für das Gymnasium Zitadelle
 7. Projekt „ZeitReisen“ Euregio
 8. Jahresrechnung der Stadt Jülich 2001
 9. Überplanmäßige Mittelbereitstellung bei Haushaltsstelle 1.8170.67500 - Erstattung Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtwerke Jülich GmbH
 10. Bauleitplanung
 - 10.1. Bebauungsplan Nr. 95 „Am Eilbach“, 2. Änderung
 - a) Beschluss über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

- 10.2. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen
- Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung -

11. Einwohnerfragestunde

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Mitteilungen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

2. Anfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

3. Wahl des Ortsvorstehers für den Stadtteil Koslar

(s. auch Antrag Nr. 22/2002 der CDU-Stadtratsfraktion vom 06.06.2002)

(Vorlagen-Nr.: 307/2002)

Bürgermeister Stommel erklärt, dass es erforderlich ist, vor der Neuwahl des Ortsvorstehers für den Stadtteil Koslar Herrn Brendel als Ehrenbeamten aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Herr Josef Brendel wird mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter der Stadt Jülich entlassen.

Nach § 14 der Hauptsatzung der Stadt Jülich in Verbindung mit § 39 Abs. 6 GO NW wählt und bestellt der Stadtrat

Herrn Peter Wagner

zum Ortsvorsteher des Stadtteils Koslar.

Herr Peter Wagner wird gemäß § 38 Abs. 2 GO NW i.V.m. § 183 des Landesbeamtengesetzes (LBG) zum Ehrenbeamten ernannt.

Bürgermeister Stommel dankt Herrn Brendel für seine 25-jährige Tätigkeit als Ortsvorsteher des Stadtteils Koslar.

Herr Brendel dankt der Verwaltung und dem Rat für die gute Zusammenarbeit. Er appelliert, die Unterhaltung von Gebäuden und Straßen nicht aus den Augen zu verlieren und auch die Kinder nicht zu vergessen.

4. Umbesetzung des Umweltbeirates

(Antrag Nr. 24/2002 der CDU-Stadtratsfraktion vom 19.06.2002)

(Vorlagen-Nr.: 317/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung
(Bürgermeister Stommel stimmt bei dieser Abstimmung nicht mit.)

Herr Stadtverordneter Arnold Peterhoff wird für die mit ihrem Einverständnis aus dem Umweltbeirat ausscheidende Frau Annemarie Coenen Mitglied des Umweltbeirates.

Frau Annemarie Coenen wird stellvertretendes Mitglied des Umweltbeirates.

5. Teilnahme von Vertretern des Behindertenfachgesprächskreises an Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport

hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin

(Vorlagen-Nr.: 182/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
(Bürgermeister Stommel stimmt bei dieser Abstimmung nicht mit.)

Frau Beate Wirth wird als Sachkundige Einwohnerin zum Mitglied des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses gewählt.

6. Erweiterungsbau für das Gymnasium Zitadelle

(Vorlagen-Nr.: 288/2002)

Stadtverordneter Gunia bemerkt für die CDU-Stadtratsfraktion und die F.D.P.-Stadtratsfraktion, dass es vernünftig sei, dass die Planung eine mögliche Aufstockung berücksichtigt. Die Argumente der Verwaltung habe die Fraktionen jedoch noch nicht überzeugt. Er beantragt, dass der Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Sitzung am 10.07.2002 die Angelegenheit an sich zieht und dann abschließend entscheidet.

Stadtverordneter Meyer stellt für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag, dass über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt wird. Weiterhin beantragt er namentliche Abstimmung.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird mit 17 Ja-Stimmen unterstützt.

Da sich somit mehr als 1/5 der Ratsmitglieder für die namentliche Abstimmung ausgesprochen haben, wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung namentlich abgestimmt.

Für den Beschlussvorschlag der Verwaltung sprechen sich mit Ja aus:

Stadtverordneter Wolfgang Anhalt

Stadtverordnete Eva Behrens-Hommel

Stadtverordneter Hans-Peter Bochem

Stadtverordnete Helma Borowski

Stadtverordnete Friederike Doose

Stadtverordneter Willi Fitting

Stadtverordneter Heinz Frey

Stadtverordneter Bernd Granderath

Stadtverordnete Martina Gruben

Stadtverordneter Matthias Hoven

Stadtverordneter Martin Marquardt
Stadtverordneter Hans Meyer
Stadtverordneter Heinz Müller
Stadtverordneter Klaus Pelzer
Stadtverordneter Karl Viertmann
Stadtverordnete Eva-Maria Kolonko-Hinssen
Stadtverordnete Anke Talarek
Bürgermeister Heinrich Stommel

Gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung sprechen sich mit Nein aus:

Stadtverordneter Dr. Friedhelm Beck
Stadtverordneter Arnold Beginn
Stadtverordneter Michael Birx
Stadtverordneter Hubert Bongartz
Stadtverordneter Peter Capellmann
Stadtverordnete Margret Esser-Faber
Stadtverordneter Egbert Friedrich
Stadtverordneter Wolfgang Gunia
Stadtverordneter Erich Gussen
Stadtverordneter Jens Hövelmann
Stadtverordneter Hubert Kieven
Stadtverordneter Servatius Lambertin
Stadtverordneter Helmut Lohn
Stadtverordneter Claus Hinrich Neuenhoff
Stadtverordneter Arnold Peterhoff
Stadtverordnete Hildegard Pott
Stadtverordneter Peter Schmitz
Stadtverordneter Dr. Helmut Schumacher
Stadtverordnete Ingrid Stauch
Stadtverordneter Helmut Steufmehl
Stadtverordneter Wilfried Wilms

Für den Beschlussvorschlag der Verwaltung ist somit keine Mehrheit zustande gekommen (18 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen).

Es wird nunmehr über den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion abgestimmt, den ersten Absatz des Beschlussvorschlages der Verwaltung

„Die der Bezirksregierung angezeigte Planänderung (Solitärbau statt Anbau an das Westgebäude) und die auf 5 Klassenräume verminderte Raumzahl werden akzeptiert.“

an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen und den zweiten Absatz

„Um einem evtl. später erweiterten Bedarf Rechnung tragen zu können, soll die Planung so gestaltet werden, dass eine Aufstockung möglich ist.“

in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen

Der Absatz 1 des Beschlussvorschlages:

„Die der Bezirksregierung angezeigte Planänderung (Solitärbau statt Anbau an das Westgebäude) und die auf 5 Klassenräume verminderte Raumzahl werden akzeptiert.“

wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Um einem evtl. später erweiterten Bedarf Rechnung tragen zu können, soll die Planung so gestaltet werden, dass eine Aufstockung möglich ist.

7. Projekt „ZeitReisen“ Euregio
(Vorlagen-Nr.: 267/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung

Die Stadt Jülich wird Gründungsmitglied in dem euregionalen Verein „CulTour Euregio“.

8. Jahresrechnung der Stadt Jülich 2001
(Vorlagen-Nr.: 293/2002)

Stadtverordneter Anhalt bemerkt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss Aufträge für Prüfungen erteilen kann. Er bittet alle Ratsmitglieder mitzuwirken und Prüfungsaufträge bis zum 15. August zu formulieren.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Jahresrechnung der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2001 wird nach Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Jülich im Rechnungsprüfungsausschuss beraten.

9. Überplanmäßige Mittelbereitstellung bei Haushaltsstelle 1.8170.67500 - Erstattung Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtwerke Jülich GmbH
(Vorlagen-Nr.: 271/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei der Haushaltsstelle 1.8170.67500 „Erstattung Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtwerke“ werden im Haushalt 2002 überplanmäßige Mittel in Höhe von 11.681.93 € bereitgestellt. Die Deckung dieser Mehrausgabe erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 1.8170.22000 „Konzessionsabgabe Stadtwerke“.

10. Bauleitplanung

10.1. Bebauungsplan Nr. 95 „Am Ellbach“, 2. Änderung

a) Beschluss über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

(Vorlagen-Nr.: 238/2002)

Beigeordneter Schulz erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befähigt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a) 1. Die Anregung des Ulrich Strang wird zurück gewiesen. Da die hintere Baugrenze auch auf dem Grundstück des Herrn Strang um 3 m verschoben und damit die Baumöglichkeit verbessert wird, ist unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange eine Beeinträchtigung nicht gegeben. Außerdem wurde für das Grundstück Strang schon eine Bebauungsplanänderung vorgenommen mit dem Inhalt der Verschiebung der rückwärtigen Baugrenze um 4 m und der Aufhebung der Festsetzung der Firstrichtung.
2. Die Stellungnahme des Kreises Düren wird wie folgt berücksichtigt:
 - Die Begründung wird entsprechend den Anregungen ergänzt.
 - Die Rechtsgrundlagen in den textlichen Festsetzungen werden angepasst.
 - Die Bedenken aus wasserwirtschaftlicher Sicht werden zurückgewiesen. Die Festsetzung der Überflutungsfläche bleibt erhalten. Durch die Änderung des Bebauungsplanes ergibt sich nach den Erfahrungen der Stadt Jülich keine neue Situation.
 - In der Begründung wird noch einmal auf die Festsetzung der Überflutungsfläche mit den Einschränkungen hingewiesen.
 - Ein Hinweis zum Flur nahen Grundwasserstand erfolgt im Bebauungsplan.
 - In der Begründung wird auf die im Altlastenverdachtsflächenkataster aufgeführte Aufschüttung hingewiesen.
 - In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass derzeit kein konkreter Altlastenverdacht besteht.
 - Die Eigentümer der betroffenen Parzellen werden auf die Empfehlungen der Kreisverwaltung bez. Bodenuntersuchungen hingewiesen.

- Auf den betroffenen Parzellen der Stadt Jülich werden Bodenuntersuchungen vorgenommen.

b) Der Bebauungsplan Nr. 95 „Am Ellbach“, 2. Änderung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

10.2. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen
- Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung -
(Vorlagen-Nr.: 240/2002)

Die Stadtverordneten Heinz Frey und Erich Gussen erklären sich für befangen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen.

11. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Einwohneranfragen für die heutige Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

B. Nichtöffentlicher Teil